



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24891 - 89
Fernschreiber 0886690

F/XII/217 - 23. September 1957

Hinweise auf den Inhalt:

Zur Wiener Konferenz der Welt-Atomenergiewerkstoffe	S. 1
Wenig Neues in Paris	S. 4
Folgen des 15. September	S. 6
Führungskrise in der DRG	S. 7
Otto Bärenreuther †	S. 8a
Dr. Krone und die Länder	S. 7

Die Welt blickt auf Wien

sp- Es gibt trotz aller pessimistischer Äusserungen über die Konsequenzen des atomaren Wettlaufens zwischen den Grossen in der Welt einen Lichtblick. Am 1. Oktober wird in Wien die erste internationale Konferenz der Welt-Atomenergiewerkstoffe stattfinden. 500 Delegierte aus 79 Nationen werden in Wien erwartet. Die Konferenz ist das Ergebnis eines Vorschlages von Präsident Eisenhower, der in der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1955 angeregt hatte, alle Staaten in Ost und West, die an der friedlichen Verwendung von Atomenergie interessiert seien, sollten sich möglichst bald zu einer grossen Aussprache zusammenfinden.

Es bedurfte langer zwischenstaatlicher Verhandlungen, bis dieser Vorschlag Eisenhowers realisiert werden konnte. Interessanterweise hatte hierbei die Sowjetunion eher ihre Zustimmung zur Entsendung von Delegierten gegeben als einige Westmächte. In Wien werden sich aber nicht nur die "klassischen" Nationen des Ostens und Westens ein Stelldichein geben, sondern auch die in der Bandung-Konferenz zusammengeschlossenen asiatischen Staaten, sowie die Staaten Südamerikas. Allein die Aufzählung der Delegationen zeigt, dass es sich bei dem Wiener Kongress um die grösste und umfassendste internationale Konferenz

seit dem zweiten Weltkrieg handelt.

Die Tagesordnung dieser grossen Konferenz lässt den Versuch erkennen, jenseits der sonst im Blickfeld stehenden Abrüstungsverhandlungen zwischen den "Grossen" eine Plattform zu finden, auf der offen über die Verwendung der Atomenergie gesprochen werden kann. Es soll verhandelt werden über

1. die Entwicklung und praktische Verwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken und die Förderung der Forschung auf dem Gebiet der Atomenergie,
2. die Bereitstellung von Rohstoffen, technischen Einrichtungen und Ausrüstungen für die Entwicklung der Produktion elektrischer Energie,
3. den Austausch wissenschaftlicher Erkenntnisse, und
4. gemeinsame und international anwendbare Schutzvorschriften und Sicherheitsmassnahmen bei der Verwendung von Atomenergie.

Bei den Vorarbeiten für diese Konferenz hat sich sehr schnell herausgestellt, dass Erörterungen über die friedliche oder militärische Verwendung von Atomenergie nicht immer und unbedingt voneinander zu trennen sind. Man hat, gewisse einen stillenstehenden Übereinkommen aller Beteiligten, dies geistlich übersehen wollen und sich ganz auf die Themen der Wiener Konferenz konzentriert.

Die Frage, ob es "auf Anhieb" Wien gelingen wird, das von Eisenhower gesteckte Ziel - die Errichtung einer weltweiten internationalen Atom-Energiebehörde - zu erreichen, ist noch nicht ganz geklärt und wird wahrscheinlich von dem Verlauf der praktischen Arbeiten abhängen. Eine Prinzipienklärung zur Schaffung dieser Behörde wurde zwar vor rund 80 Staaten unterschrieben. Die

Ratifizierung der Urkunde ist jedoch bisher nur von 42 Staaten vorgenommen worden. Diejenigen Staaten, die bis zum 1. Oktober die Urkunde noch nicht ratifiziert haben, werden aber trotzdem als Beobachter an der Konferenz teilnehmen.

Zu den Staaten, die die Ratifikationsurkunde noch nicht hinterlegt haben, gehört auch die Bundesrepublik. Es ist nicht bekannt geworden, welche Gründe in Bonn für die Versögerungswartik massgebend gewesen sind. Dessen ungeachtet will die Bundesrepublik eine Delegation nach Wien entsenden, die - falls Bonn bis zum Beginn der Konferenz noch nicht ratifiziert haben sollte - ebenfalls nur als Beobachter auftreten würde.

Wenn es in Wien gelingen sollte, eine solide Plattform für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung von Atomenergie zu schaffen, dürften sich viele neue Ansatzpunkte auch für die Behandlung der Probleme der militärischen Nutzung der Atomenergie ergeben. Die Wissenschaftler aller an der Wiener Konferenz beteiligten Nationen können Einblick in den Stand der atomaren Forschung anderer Staaten gewinnen. Sie werden selbstverständlich mit einander im Gespräch bleiben und werden in vielen Fällen jenseits von Machtpolitik und Prestige zu gemeinsamen Ergebnissen ihrer Beratungen gelangen. Sicher wäre es eine Illusion, zu hoffen, dass in Wien schnell das zwischen Ost und West bestehende Misstrauen auf dem Gebiet der Nutzung von Atomenergie überwunden werden könnte. Trotzdem darf doch erwartet werden, dass grössere Einsichten in die Sinnlosigkeit des atomaren Wettrüstens gewonnen werden. Von nicht geringer Bedeutung ist hierbei die Tatsache, dass auch die neutralen Staaten ein entscheidendes Wort mitzureden haben.

* * *

Die endlose Algerien-Debatte

H.E.D. - Montag begann in der französischen Nationalversammlung die grosse Algeriendebatte. Niemand in Paris gibt sich über den Verlauf dieser parlamentarischen Aussprache grossen Hoffnungen hin. Erst in letzter Minute konnte am Samstagnachmittag eine Regierungskrise vermieden werden. Das von Robert Lacoste vorgelegte Rahmengesetz für Algerien traf auf den Widerstand der Rechtspolitiker, wobei der Verteidigungsminister André Corioe recht unverblümt mit seinem Rücktritt gedroht hatte.

Weit davon entfernt, einen guten Beitrag zur Lösung der algerischen Frage zu leisten, zeigt das neue Statut alle Anzeichen lahmer Kompromisse. Man gewinnt den Eindruck, als habe die Regierung Bourguès-Maunoury nur den einen Wunsch gehabt, vor dem Forum der Vereinten Nationen, das im nächsten Monat das Thema Algerien debattieren wird, nicht mit leeren Händen zu stehen.

Während Paris nun ein Statut erörtert, von dem nicht einmal sicher ist, dass es die Nationalversammlung akzeptieren wird, geht der Krieg in Algerien weiter. Jeder Tag bringt neue Schreckensmeldungen; die Zahl der Opfer auf beiden Seiten wächst. Die algerischen Aufständischen versuchen, durch pausenlose Angriffe die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich zu ziehen, während Frankreich unter verzweifelten Anstrengungen, die die wirtschaftlichen und politischen Reserven des Landes aufzuzehren drohen, noch vor Beginn der UNO-Session die Algerienfrage zu "bereinigen" wünscht. Wer wird siegen, Ferhat Abbas oder Bourguès-Maunoury? Wahrscheinlich keiner von beiden.

Aber nicht nur auf militärischem Gebiet wird um die Entscheidung gerungen. Frankreichs Aussenminister Pinau und Staatssekretär Maurice Faure bereisen die Länder Südamerikas und Südostasiens, um den Regierungen die Lage Frankreichs und die Absichten der Regierung in Paris verständlich zu machen. Es geht um die Stimmen des afro-asiatischen und latein-amerikanischen Blocks innerhalb der UNO. Gelingt es Paris, vor dem Forum der Weltversammlung ein möglichst günstiges Abstimmungsergebnis in der Algerienfrage zu erzielen, so hofft man in Frankreich, werde dieser diplomatische "Erfolg" seine Wirkung auf die mohammedanische Bevölkerung in Algerien nicht verfehlen. Würde aber die UNO-

Vollversammlung Frankreich eine moralische Ohrfeige verletzen, dann wäre der letzte Kredit Frankreichs in der farbigen Welt verspielt und die Entwicklung in Algerien würde Formen annehmen, die dann Paris letzten Ende zwingen, doch eine Unabhängigkeit zuzugestehen. Denn dann wäre es gleichgültig, ob die Rechtskreise toben würden oder nicht.

Die Algerier wiederum, durch eine inoffizielle Delegation in New York vertreten, haben die Sympathien vieler Länder für sich. Ob das aber ausreicht, ein entscheidendes Ergebnis zugunsten einer politischen Lösung im pro-algerischen Sinne zu erreichen, ist nicht ganz gewiss. Schliesslich wird Algerien auch von den Staaten Asiens und Afrikas nicht isoliert gesehen, sondern im grossen Zusammenhang. Dieser Zusammenhang aber umfasst nicht nur die Emanzipation der farbigen Völker, sondern auch die Auseinandersetzung zwischen Ost und West.

All diese Überlegungen rechtfertigen jedoch in keiner Weise die schleppende Verhandlungsweise der französischen Regierung. Das von ihr vorgelegte Statut ist schlecht, da es keine politische Lösung anstrebt, sondern den Status quo in Algerien verschleiern will. Hinter einem Wust von Formulierungen verbirgt sich nach wie vor die absolute Herrschaft der Franzosen im Lande.

Man kann mit Sicherheit annehmen, dass selbst diese Formulierungen noch gewissen starken Fraktionen im französischen Parlament zu "expressiv" sind. Die Debatte wird also endlos sein, auch wenn der Zeitpunkt der UNO-Session heranrückt. Es sieht jedenfalls im Augenblick nicht so aus, als zeigten die französischen Parlamentarier Verständnis für die Sorge der Regierung, "das Gesicht" bei der Vollversammlung der UNO in New York zu verlieren. Also: Wenig Neues in Paris !

* * *

Preisernüchterung nach der Wahl

FB. Die Hörer des Hessischen Rundfunks werden am Sonntagvormittag ihren Ohren nicht getraut haben, als sie das sogenannte "Frankfurter Gespräch" hörten. In aller Offenheit - es war ja nach den Wahlen - sagte ihnen der CDU-Sprecher, Dr. H e c k, als das Gespräch auf das Preisthema kam:

"Es werden ganz sicher Preissteigerungen kommen."

Dr. Heck ist nicht irgendwer, er ist der Hauptgeschäftsführer der CDU und einer der Organisatoren des Bundestagswahlkampfes 1957. Offensichtlich selber erschreckt über seine Aussage, versuchte Dr. Heck dann, seine Ausführungen abzuschwächen und auf das Verkehrsgebiet zu beschränken. Wörtlich sagte er:

"Dass weiss jeder von Ihnen, dass wir beispielsweise auch im Verkehrswesen Preissteigerungen in den Tarifen bekommen werden, das ist überhaupt nicht zu umgehen."

An dieser Stelle der Debatte warf der sozialdemokratische Sprecher, Dr. Walter M e n z e l, ein:

"Die Lebensmittelpreise werden steigen."

Die Antwort von Dr. Heck:

"Das wird auf lange Sicht gesehen auch nicht zu umgehen sein. Also mit unseren Versprechungen - (es war vorher von den Wahlversprechungen der CDU die Rede) - ist es nicht so weit her."

Brutaler als in diesem Frankfurter Gespräch konnte es von der CDU nicht bestätigt werden, was die deutsche Bevölkerung auf dem Preisgebiet nach dem 15. September zu erwarten hat. Die SPD hat im Wahlkampf immer wieder darauf hingewiesen, dass grosse Teile der Industrie vor den Wahlen mit dem Bundeswirtschaftsminister eine Art "Preisstillhalte-Kartell" eingegangen sind, um die Wähler nicht zu beunruhigen, um nach dem Wahltag doppelt und dreifach wieder nachzuholen, was man sich vor dem 15. September versagte. Die Antwort der CDU und des Bundeswirtschaftsministers auf diese sozialdemokratische These war jedesmal ein geradezu wütendes Geheul. Der Bundeswirtschaftsminister hatte dafür immer nur die Vokabeln: "Dumm", "töricht", "verrückt", "albern" und ähnliche zur Verfügung.

Jetzt zeigt sich allerdings in der Praxis, wer recht gehabt hat. Bereits zwei Tage nach den Wahlen ist der Ruhrbergbau mit der

Forderung nach einer 10%igen Kohlenpreiserhöhung auf den Plan getreten. Prof. Erhard schmolzt zwar im Moment noch und hat dem Unternehmensverband Ruhrbergbau den Rat gegeben, wenigstens bis nach der Regierungsbildung zu warten. Über kurz oder lang aber kommt die Kohlepreiserhöhung und jedermann sollte wissen, dass ein Anziehen des Kohlepreises zunächst die Stahl- und Eisenpreise in Bewegung bringt und dann das gesamte Preisniveau anhebt.

Wer hat also recht gehabt? Gewiss nicht der schimpfende Bundeswirtschaftsminister, sondern die SPD, die den Wählern nüchtern voraus sagte, was sie bei einem Sieg der CDU/CSU zu erwarten haben. Die Wähler haben die Warnungen der SPD in den Wind geschlagen.

Es wäre zu billig, wenn man jetzt dem deutschen Verbraucher nur das Sprichwort: "Durch Schaden wird man klug", entgegenhalten würde. Ganz im Gegenteil, die SPD wird nach wie vor alle Anstrengungen unternehmen, um den zu befürchtenden Preisaufstieg zu stoppen. Es ist nur leider zu befürchten, dass sie dabei nicht die Unterstützung der Bundesregierung und der Regierungspartei findet, denn die ausgegebenen Wahlgelder müssen jetzt wieder hereingebracht werden. Sie muss der deutsche Verbraucher bezahlen.

* * *

Neo-Fazie vor dem Ende?

ler- In der Deutschen Reichspartei (DRP) ist eine Krise ausgebrochen, die an die Existenz dieser rechtsradikalen Gruppe rührt. Der Vorsitzende dieser Partei, Meinberg, und das Mitglied der Parteileitung, von Thadden, haben ihre Ämter niedergelegt, und es ist kaum anzunehmen, dass sie im Rahmen dieser Partei jemals wieder zur Geltung kommen.

Im Wahlkampf machte die DRP allerhand von sich reden. Ihre Versammlungen mit uniformiertem Saalschutz erinnerten an den Wahlkampfstil zu Beginn der Dreissiger Jahre. Es ging höchst turbulent zu und

einige ihrer Kundgebungen mussten polizeilich geschlossen werden. Ihr Vokabular bezogen die DRP-Redner aus dem Sprechschatz des Tausendjährigen Reiches, dem sie sich auch sonst verbunden fühlten. Es ist eine der erfreulichsten Erscheinungen des verflossenen Wahlkampfes, dass gerade die deutsche Jugend sich den Lockungen des Rechteradikalismus versagte; sie stellte in DRP-Versammlungen die entschiedensten Gegner oder lachten die DRP-Redner einfach aus. In Bonn machten Mitglieder der Sozialistischen Jugend und der Jungen Union spontan ihren Abscheu und ihren Widerwillen gegen eine Wiederkehr all dessen kund, was während der zwölfjährigen Herrschaft des Dritten Reiches den deutschen Namen mit Schande bedeckte.

Die DRP war mit grossen Hoffnungen zum Wahlkampf angetreten. In allen Ländern hatte sie Kandidaten aufgestellt, aber mit einem Prozent von allen abgegebenen Stimmen blieb ihr sogar ein Achtungserfolg versagt. Das ist gut so. Sowohl innen- als auch aussenpolitisch. Mit der Absage an jede Art von Rechteradikalismus haben die bundesrepublikanischen Wähler eine politische Keife bewiesen, die nach menschlichem Ermessen einen Rückfall in die Zeiten des Nationalsozialismus ausschaltet. Dies ist um so beachtlicher, als gerade die DRP-Redner für die Anerkennung Frankows und für zweiseitige Verhandlungen mit der Sowjetunion eintraten. Die schillernden Züge eines Nationalbolschewismus hinterliessen auf die Wähler keinen Eindruck, sie schreckten sie ab.

Die dadurch unvermeidlich gewordene Führungs- und Existenzkrise dieser Partei dürfte kaum mehr zu beheben sein. Jene Kommunisten und jener Teil der russischen Führungsschicht, die sich von einer Wiedererweckung des deutschen Rechteradikalismus viel versprachen, müssen wohl nun ihre Hoffnungen endgültig begraben. Auch das ist ein nicht zu überschendes Politikum die Folge des 15. September.

* * *

Otto Bärenreuther †

Wieder hat der Tod eine schmerzliche Lücke in die Reihen der sozialdemokratischen Partei geschlagen. Die SPD und mit ihr ganz Nürnberg trauert um ihren Oberbürgermeister der Frankenmetropole Dr. h. c. Bärenreuther, den ein Herzschlag mitten aus seiner rastlosen Arbeit für den Wiederaufbau seiner Heimatstadt Nürnberg herausriss.

Am 30. März 1952 wurde ihm die Amtskette des Oberbürgermeisters angelegt. An diesem Tag versprach er: "Unsere Tätigkeit soll sich durch sichtbare Arbeit auszeichnen". Wer das aus tausend Kriegswunden blutende Nürnberg des Jahres 1945 kannte und heute durch die Strassen wandelt, weiss, dass Otto Bärenreuther dieses schlichte Wort bei seiner Amtseinführung wahrgenommen hat. Seine Arbeit ist überall sichtbar. Er schuf aus dem kriegszerstörten Nürnberg in unermüdlicher Arbeit eine moderne Großstadt. Wohnhäuser schossen aus dem Boden, die historischen Gebäude Nürnbergs erstanden wieder, Wissenschaft, Bildung und Kunst erfuhren tatkräftige Förderung.

Dieser Wiederaufbau seiner Heimatstadt war Otto Bärenreuthers Lebensaufgabe. Noch am Samstagvormittag erörterte er mit seinen Mitarbeitern neue Pläne für die Fortführung des grossen Werkes. Kurze Zeit später griff der typische Herztod zu. Oft hatten die Ärzte dem Verstorbenen Schonung angeraten. Doch Otto Bärenreuther dachte nicht an sich, er dachte an die Zehntausender, die noch immer auf ein eigenes Heim warten und die Evakuierten, die wieder in ihre Heimatstadt zurück wollten. Ihnen allen galt seine Sorge bis zum letzten Atemzug.

Dieser Mann, um den die SPD und die Nürnberger Bevölkerung nun trauert, hat seinen Namenszug der Stadt seines Wirkens aufgeprägt. Grosse Pläne konnte er bereits verwirklichen. Noch grössere sind in Angriff genommen, neue waren in Vorbereitung.

Otto Bärenreuther kann sie nicht mehr in die Tat umsetzen. Doch seine Amtsperiode wird ein Markstein in der Geschichte Nürnbergs sein. Denn unter seiner Leitung wuchs aus den Trümmern, die der Hitlerkrieg hinterlassen hatte, die Stadt Nürnberg zu ungeahnter Blüte.

Schon in jungen Jahren - es war 1927 - trat Otto Bärenreuther der SPD bei. Das Jahr 1933 traf auch ihn hart. Er musste aus den städtischen Diensten ausscheiden. Doch als 1945 Wiederaufbau des demokratischen Lebens begann, stand Otto Bärenreuther wieder in vorderster Front.

Bleibt es bei "respektabler Bescheidenheit"?

ep - Ob die Aufforderung des Bundeskanzlers an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer "respektablen Bescheidenheit" der Einsicht entsprach, das ohnehin schwergetrübte innenpolitische Klima etwas freundlicher zu gestalten, oder ob sie nur ein taktischer Schachzug war, hinter dem sich das Bestreben verbirgt, die im Bundestag gewonnene Machtstellung der CDU auf allen Gebieten auszudehnen, wird sich recht bald erweisen. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Krone, hat es als eine sehr ernstzunehmende Aufgabe bezeichnet, bei den nächsten Landtagswahlen alle Kräfte zu mobilisieren, um die parlamentarische Situation in den Ländern zu ändern. Adenauer habe zwar im Bundestag, nicht aber im Bundesrat eine stabile Mehrheit, "ich glaube nicht, dass es für unseren Staat gut wäre, wenn das so bleiben würde".

Das ominöse Wort von der Gleichschaltung geistert nun durch die bundesrepublikanische Politik. Ihre Rufer können den Tag nicht erwarten, da die Hauptstädte unserer Länder im Kielwasser von Bonn liegen. Dass die Länder nach dem Grundgesetz andere und eigenständige Aufgaben zu erfüllen haben, ficht die Streiter um die Gleichschaltung nicht an. Es gibt auch schon viele Stimmen im Regierungslager, die für eine Gleichzeitigkeit von Länder- und Bundestagswahlen plädieren, um so das für die Bundesregierung lästige Gewicht der Machtverteilung aus der Welt zu schaffen. Eine Gleichschaltung von Bundesrat mit der jeweiligen Regierungsmehrheit müsste zwangsläufig die Länder zu einfachen Verwaltungseinheiten degradieren und den gerade von der CDU so hoch gepriesenen Föderalismus gänzlich aushöhlen.

Schwebt das den Gleichschaltungsaposteln vor? Hier tun sich für die innenpolitische Entwicklung Gefahren auf, denen man nicht rechtzeitig genug begegnen kann. Sicherlich können die Länderregierungen, auf deren Sturz es manche Kräfte in der CDU abgesehen haben, auf schöpferische Leistungen hinweisen, vor denen sie in den Augen der Wähler gut bestehen. Es geht diesen Kreisen der CDU allerdings nicht um noch bessere Leistungen in den Bereichen, für die die Länder zuständig sind. Es geht ihnen um die Ausschaltung der demokratischen Opposition von aller öffentlichen Wirksamkeit, um sich selbst ungestörter auf lange Sicht etablieren zu können. Alle demokratischen Kräfte sind hier zu höchster Wachsamkeit aufgerufen, soll die Bundesrepublik nicht in eine antidemokratische Entwicklung hineingleiten, von der man zwar weiss, wie sie beginnt, aber von der niemand sagen kann, wie sie endet.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel